

15. März



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/62 - 15. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Tromzelfeuer</u> Zweck- und Falschmeldungen am laufenden Band	50
2	<u>Osterreich - Jugoslawien</u> Vor dem Besuch Kreiskys in Belgrad Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	46
3 - 4	<u>Ein Mensch wie Du und ich</u> Zur Situation des farbigen Studenten in der Bundesrepublik	65
5	<u>Ostsee - immer noch Minen</u> Gefährliche Reste des zweiten Weltkrieges	42
5 a	<u>An einem Faden ...</u> Eine Dame blockierte Verteidigungssystem	36
6	<u>Humanist und Europäer</u> Schöpfer der "Wiener Library" Dr. Alfred Wiener wurde 75 Jahre alt Von H. G. Sellenthin	48

* * *
* * *

Trommelfeuer

Zweck- und Falschmeldungen am laufenden Band

sp - Der Bundesbürger wird in diesen Tagen einem regelrechten Trommelfeuer von sich widersprechenden Nachrichten ausgesetzt. Verfolgt man die Quellen dieser Nachrichten, so ist leicht festzustellen, daß sie meist ihren Ursprung dort haben, wo versucht wird, die Politik Adenauers um jeden Preis zu "rechtfertigen".

Typisches Beispiel hierfür ist eine von der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI verbreitete Meldung, wonach die Westmächte angeblich alle Ansatzpunkte zu Verhandlungen über das Berlin-Problem, wie sie bereits in der Endphase der vorjährigen Genfer Außenministerkonferenz entwickelt worden waren, zurückgezogen haben. Dieselbe Zeitung, die diese Meldung veröffentlicht, muß aber selbst zugeben, daß ihre eigenen Korrespondenten in Washington und London genau das Gegenteil berichten. Ja, man weist sogar ausdrücklich auf diesen Widerspruch hin! - Dem Zeitungsleser bleibt es vorbehalten, sich selbst ein Bild zu machen, das nach Lage der Dinge mindestens verwirrt bleiben muß. Aber vielleicht ist das der Zweck der Übung ...

Ein anderes Beispiel: Die "New York Times" veröffentlichte einen Artikel ihres Bonner Korrespondenten, woraus hervorgeht, daß der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Smirnow, die Wiedervereinigung Deutschlands nur dann für möglich hält, wenn ganz Deutschland kommunistisch werde. Angeblich soll Smirnow dies "in Gesprächen mit deutschen Politikern" gesagt haben. In ganz großer Aufmachung wird unter Hinweis auf Gespräche mit FDP-Politikern dieser "New York Times"-Artikel den deutschen Zeitungslesern serviert.

Nun haben Erkundigungen ergeben, daß die von der "New York Times" dem sowjetischen Botschafter in den Mund gelegten Äußerungen keinerlei Bestätigung durch diesen selbst finden. Sogar der vermeintliche deutsche Gesprächspartner Smirnows, der FDP-Vorsitzende Dr. Erich Mende, erklärte hierzu: "Der Bericht gibt die Einzelheiten nicht richtig wieder". In der sowjetischen Botschaft wird gesagt, der "New York Times"-Bericht sei eine "individuelle Interpretation".

Auch in diesem Falle muß man sich fragen, ob eine bestimmte Leitstelle bei der Bundesregierung solche verwirrenden und sich widersprechenden Meldungen absichtlich in die Welt setzt.

Ähnliches geschieht zur Zeit mit den Meldungen über die heute beginnende Abrüstungsverhandlung des UNO-Abrüstungsausschusses in Genf. Einmal wird angedeutet, Ost und West seien zu Konzessionen bereit, ein anderes Mal, beide Seiten seien entschlossen, es auf das Äußerste, also auch auf den Abbruch der Verhandlungen, ankommen zu lassen, wenn sich ihre Vorstellungen nicht durchsetzen.

Man muß damit rechnen, daß dieses Trommelfeuer von Zweckmeldungen mindestens bis zur Gipfelkonferenz fortgesetzt wird. Es ist die uralte Geschichte von den Helden, die sich vor Trojas Mauern auf den Kampf vorbereiten und vorher durch ... heftige Reden den Gegner in Verwirrung zu bringen versuchen. Deswegen sollte sich niemand beirren lassen. Die Lautstärke der Helden vor Troja wurde in der modernen Zeit durch Falsch- und Zweckmeldungen ersetzt. Die richtigen Karten werden jedoch erst ausgespielt, wenn man sich an den Tisch setzt. Und dann wird es darauf ankommen, wer die besten Nerven hat.

Österreich - Jugoslawien

Vor dem Besuch Kreiskys in Belgrad

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Über der österreichisch-jugoslawischen Karawankengrenze lichtet sich das während der Zeit von einigen Monaten aufgetaute Dunkel gegenseitiger Verstimmung. Mit welchen konkreten politischen Ergebnissen der bevorstehende Besuch des österreichischen Außenministers Dr. Kreisky in der jugoslawischen Landeshauptstadt auch immer abschließen mag, wird er für die bilateralen Beziehungen Belgrad-Wien in jedem Falle einen Schritt vorwärts bedeuten.

Diese Verbesserung der gegenseitigen Verhältnisse wird sich bereits in der Unterzeichnung von vier Verträgen spiegeln (Konsularfragen - kleiner Grenzverkehr - Schiedsgerichtsbarkeit im gegenseitigen Handelsverkehr - koordinierter Pflanzenschutz), die teilweise bereits seit geraumer Zeit in den Schubläden der beiden Außenministerien darauf warten, das politische Licht der Welt zu erblicken. Aber erst die in Folge der österreichischen Parlamentswahlen vorgenommene Besetzung des Wiener Außenministeriums durch den Sozialdemokraten Dr. Kreisky und die von ihm entwickelte außenpolitische Initiative, die sich in den Besuchen in London, Paris, Warschau und Bonn bereits manifestierte, machten auch den Weg frei für diesen Belgradbesuch.

Hier hatten sich inzwischen auch die einst wegen eines neuen Kärntner Schulgesetzes, das den obligatorischen Slowenischunterricht aufhob, erregten Gemüter etwas beruhigt. Eine Rückkehr zum einstigen Zustand dürfte trotz der jugoslawischen Berufung auf § 7 des österreichischen Staatsvertrages im Verlauf der Unterredungen kaum beansprucht werden. Entsprechend realistischeren Einschätzungen des Möglichen wird eine verbesserte Modifizierung der gegenwärtigen Situation für die slowenische Minderheit in Kärnten zweifellos erhoben werden. In wie weit Wien hierbei zu einem Entgegenkommen bereit ist, dürfte auf längere Sicht zum bedeutendsten Gradmesser des jugoslawisch-österreichischen Verhältnisses werden, wobei sich außerdem österreichischen Gewähren für die eigenen Minderheiten mit dem Wiener Verlangen an Rom nach mehr Rechte für die Südtiroler zu bewähren hat.

Über diese bilateralen Probleme hinaus könnte die österreichisch-jugoslawische Begegnung insofern von einigem Interesse sein als hier zwei Neutrale mit verschiedenen gesellschaftspolitischen Auffassungen ihre Ansichten austauschen werden. Konkrete Ergebnisse können jedoch aus der Natur der Begegnung heraus nicht erwartet werden. Am bedeutenästen dürften noch die Gespräche - für die sich sicherlich Zeit finden wird - um die europäischen Wirtschaftsgruppierungen sein. Jugoslawien wird nicht umhin können, seine wirtschaftspolitische Haltung gegenüber den europäischen Wirtschaftszusammenschlüssen EWG - EFTA - Gemecon detaillierter als bisher zu bestimmen. Für diese Entscheidung könnte der Belgrader Aufenthalt des österreichischen Außenministers, der als Mittler zwischen EWG und EFTA gilt, von einiger Bedeutung sein.

Ein Mensch wie Du und ich

W.W. - Heute studieren an allen deutschen Universitäten, technischen Hochschulen, Fachschulen und sonstigen Ausbildungstätten zahlreiche ausländische Studenten. Viele von ihnen kommen aus den Entwicklungsländern, und die Bundesrepublik sieht es gerne, wenn sie kommen, denn es bedeutet Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer Wissenschaft und Technik. Allein an der Universität Bonn waren es beispielsweise rund 500 Studierende, die im Sommersemester vergangenen Jahres aus Afrika, Asien und Südamerika gekommen waren. Wer einmal mit ihnen gesprochen hat, weiß, wie ernst sie ihr Studium betreiben, weil es mehr als eine persönliche Sache, weil es ein nationales Anliegen ist, das sie mit ihrem Studium verbinden. Sie studieren, um sich die Kenntnisse anzueignen, die sie brauchen, um ihre Völker aus dem Zustand der Unterentwicklung herauszuführen, in die sie durch lange koloniale Abhängigkeit geraten sind. So werden sie schon morgen zu der geistigen Elite von Völkern gehören, die heute im Aufstieg begriffen sind, so daß wir in absehbarer Zeit politisch und wirtschaftlich mit ihnen zu rechnen haben werden. Vielleicht ist es einer jener Studierenden, die heute an einer deutschen Universität immatrikuliert sind, mit denen wir morgen an einem Verhandlungstisch sitzen werden.

Wie aber ergicht es denen in der Bundesrepublik Deutschland heute, da sie noch studieren? Wer an sie als Gäste geachtet, als Menschen geschätzt? Sie werden durch Borniertheit, durch Vorurteile, durch überholte Rassengrundsätze mißachtet und oft durch entsprechendes Verhalten in ihrer menschlichen Würde gekränkt und beleidigt. Sie spüren nicht nur, daß man ihnen nicht wohl gesonnen ist, man gibt es ihnen oft nur allzu deutlich zu verstehen. Wollen sie nur ein Zimmer mieten, so beginnen die ersten Widerstände, denn sie stoßen auf die berühmten Grundsätze unserer deutschen Zimmervermieterinnen, die "solche Menschen" auf gar keinen Fall unter ihrem Dach dulden wollen. Dabei zahlt der farbige Student ebenso pünktlich,

ist ebenso sauber und spricht bestimmt mehr fremde Sprachen als jede durchschnittliche Zimmervermieterin, die ebenfalls eine Gesichtsfarbe hat, wenn diese auch nicht eben braun oder gelb ist, sondern rötlich oder bleich. Wie beschämend ist es für uns, wenn Professoren lieber ihre afrikanischen Schüler in ihr eigenes Haus aufnehmen, als sie der beschämenden Zimmersuche auszusetzen, um ihnen vieles zu ersparen, was sie selbst nicht verstehen und gutheißen können.

Wo aber gäbe es jemanden, der sich einmal um einen dieser Menschen von selbst kümmerte? Wer jemals in einem fremden Land gewesen ist, weiß, daß man dort sehr einsam ist, weiß vor allem, daß Einsamkeit unglücklich macht, oft sogar krank. Wer findet den Weg zu einem Gespräch, zu einer Einladung nach Hause, um sich mit einem solchen Studenten oder Studentin einmal über deren Heimat zu unterhalten? Der Betreffende könnte dabei so vieles erfahren, was nicht in den Geographiebüchern steht und auch nicht in den Reisebeschreibungen moderner Globetrotter. Er würde vor allem feststellen müssen, daß diese Menschen auch eine Kultur haben, nur eine andere aber nicht minder ehrwürdige als wir. Als das Wichtigste aber müßte er erkennen, daß der Studierende, der aus dem Entwicklungsland kommt, bereits eine wichtige Entscheidung getroffen hat, als er eine Universität wählte, die in Deutschland und damit in einem Land der freien westlichen Welt gelegen ist. Er hätte auch Ostberlin oder Prag oder Moskau wählen können, denn dort reißt man sich um sie, wenn auch nicht ohne Grund und ohne Hintergedanken.

Deshalb sollten wir alles tun, um diesen Freund aus den Entwicklungsländern seine Entscheidung nicht bereuen zu lassen, nicht nur deshalb, weil er vielleicht morgen Staatssekretär oder Minister in Ghana oder Abgeordneter in der Zentralafrikanischen Föderation oder Delegierter Indonesiens bei der UN sein kann, sondern weil er auch ein Mensch ist, ein Mensch wie Du und ich.

Ostsee - immer noch Minen

mu. - Die Schifffahrt vor den deutschen Küsten wird noch viele Jahre an die umwegreichen aber minenfreien Zwangswege gebunden sein. Feststellungen der Wasser- und Schifffahrtsämter haben nämlich ergeben, dass die Minen nicht - wie erwartet - 15 Jahre nach Kriegsende von selbst unschädlich werden. Der einzige Ausweg, die Handelsschifffahrt von den Fesseln der Zwangsstraßen zu befreien, würde in Grossräumaktionen der Nato-Marinen bestehen. Vor der Küste zwischen Jadebusen und Zuider See ist bereits eine derartige deutsch-niederländische Gemeinschaftsaktion geplant.

Erst am 14. Januar zeigte sich, dass in den Waffenfabriken des letzten Krieges allerbeste Qualitätsminen hergestellt worden sind. Das Schiff "Marmara" lief westlich von Borkum über eine Magnetmine und wurde schwer beschädigt. Das geschah am Rande des minenfreien Zwangsweges. Die Batterie der Mine war noch voll intakt. Genau ein Jahr vorher war im gleichen Seerevier der britische Turbinenfrachter "Benvrackie" auf eine Mine gelaufen. Bereits vorher gab es in der Ostsee Schiffsunfälle, weil Frachter außerhalb des Zwangsweges eins auf akustische Minen liefen, die ebenfalls noch voll intakt sind, wie Untersuchungen der Wasser- und Schifffahrtsämter ergeben haben.

Im letzten Krieg wurden vor der Küste von Nord- und Ostsee, die jetzt an die Bundesrepublik grenzt, 50 000 Seeminen geworfen. Nach dem Krieg begannen die Minenverbände der damaligen Kriegsmarine unter amerikanischem oder englischen Befehl mit dem Räumen der Schiffstraßen. Da manche Minentypen erst dann "anspringen", wenn ein Schiff dreizehnmal darüber hinweggefahren ist, mussten diese Minenräumer mindestens 14-mal das gleiche Seegebiet absuchen, um es minenfrei zu machen. Es handelte sich da um Minen, die die Deutschen zum Schutz ihrer eigenen Nachschubwege oder vor allem die Engländer zur Behinderung des Nachschubs zum Teil sogar von Flugzeugen aus ins Meer geworfen hatten.

Seitdem muss sich die Handelsschifffahrt an die umwegreichen Zwangswege, in denen sich zudem die Schiffströme eng bündeln, halten. Die Bewegung in den Seegebieten ist aber in letzter Zeit vor allem vor der schleswig-holsteinischen Ostseeküste durch Schiessgebiete und Übungsbereiche der Bundesmarine eingeschränkt worden. Niemand vermag vorauszusagen, wann einmal die Batterien der Minen erschöpft sein werden und niemand vermag eine Gewähr dafür zu geben, dass nicht eines Tages aus den Ankertauen gerissene Minen im Zwangsweg unter den Rumpf von Schiffen geraten. Die sicherste Lösung also bestände darin, dass die Minenräumverbände der Nato-Marine, die in der letzten Zeit viele moderne Räumgeräte und Fahrzeuge bekommen haben, in Gemeinschaftsarbeit grosse Seegebiete vor den Küsten freiräumen.

An einem Faden ...

ac - Angenommen, die Sowjetunion hätte am 29. Februar einen Angriffskrieg begonnen, sowjetische Fallschirmtruppen hätten die strategisch wichtigsten Punkte ganz Westeuropas besetzt, die "Fünfte Kolonne" hätte die bestehenden Regierungen gestürzt und die Diktatur ausgerufen - all dies angenommen, so wäre der 29. Februar ein wahrer selbstverschuldeter Unglückstag gewesen, denn keine Gegenkräfte hätten sich entwickeln können, sie wären dem Überraschungsmoment erlegen. Und dies, weil ein Mann, verantwortlich für die Sicherheit des Westens, an diesem Abend ein grobes Pflichtversäumnis beging. Statt im strategischen Alarmzentrum des NATO-Hauptquartiers in Fontainebleau Dienst zu tun, wie es strenge Pflicht gebot, zog es der Luxemburger Major Schlitz vor, den Abend in weiblicher und gewiß netter Gesellschaft zu verbringen.

Der arme pflichtvergessene aber lebenslustige Major hätte im Ernstfall den Tod zu erwarten, so wird er wohl, obgleich sofort vom Dienst suspendiert, mit einer gelinderen Strafe davonkommen.

So weit sind wir also. Unsere Sicherheit, die Sicherheit der westlichen Welt, hängt von einem einzigen Menschen ab. Fällt er, wie es dem Major geschehen ist, in Versuchung, versäumt er es, komplizierte Alarmvorrichtungen zu beobachten, weil ihm die Gesellschaft eines weiblichen Wesens lieber ist, dann ist es um uns alle geschehen.

Zum Glück sah die Sowjetunion am 29. Februar von einem Angriffskrieg ab, sie benutzte nicht die Chance, die sich ihr durch die Nachlässigkeit des Luxemburger Majors geboten hatte.

Aber Spaß beiseite. Nehmen wir einmal den umgekehrten Fall an. Ein weibliches Wesen würde den im Alarmzentrum der NATO diensttuenden Offizier betören, sozusagen aus Lust an der Freude, nun das ganze Alarmsystem willkürlich auszulösen und auf den berühmten Knopf zu drücken. Die Folgen wären undenkbar. Tausende bemannte und unbemannte Flugzeuge würden auf einen Schlag ihre tod- und verderbenbringende Last auf den vermeintlichen Gegner abwerfen, Armeen sich in Bewegung setzen und notstandsfreudige Regierungen den Notstand proklamieren. Das Chaos wäre ausgebrochen, wenn nicht gar die Stunde des Weltunterganges gekommen. Und dies alles, weil wir alle in einer aus Furcht und Mißtrauen erfüllten Welt von den Schwächen oder Nichtschwächen eines einzigen Menschen abhängen, der irgendwo seinen Dienst in einem Alarmzentrum tut oder nicht tut.

+ + +

Humanist und Europäer

Von H. G. Sellenthin

Eine der umsichtigsten und liebenswürdigsten jüdischen Persönlichkeiten unserer Zeitgeschichte vollendete am 16. März sein 75. Lebensjahr: Dr. Alfred Wiener aus London, der Direktor der "Wiener Library" in London W 1. Dr. Wiener, ein gebürtiger Potsdamer, muß wahrhaft als "Europäer" bezeichnet werden. 1934 rief er in Amsterdam die "Jewish Central Information" ins Leben, die sich als "Wiener Library" in London - nach ihrer Übersiedlung wegen der Bedrohung durch Kriegshandlungen - fortsetzte.

Diese nun 25 Jahre bestehende Bibliothek ist eine einzigartige Fachbücherei und Quellen-Archiv der zeitgenössischen europäischen Geschichte, besonders der Dokumentation des Widerstandskampfes gegen Hitler und des jüdischen Schicksals zwischen Nürnberger Gesetzen und "Erlösung".

Schriften, Bücher, Publikationen, Bildmaterial zur Zeitgeschichte sind hier auf das Genaueste gesammelt und katalogisiert. So wertvolle Mitarbeiter wie Frau Dr. Eva Reichmann, die Leiterin der wissenschaftlichen Forschungsabteilung, oder die Oberbibliothekarin Ilse Wolff haben im Zusammenwirken mit der universal gebildeten Persönlichkeit Wieners und seiner anderen Mitarbeiter der Bibliothek einen einzigartigen Ruf schaffen können.

Wiener wuchs in der Provinz Posen auf, promovierte in Heidelberg zum Doktor der orientalischen Philologie und wurde einer der engsten Mitarbeiter des weisen liberalen jüdischen Mentors Dr. Paul Nathan. Wiener ist einer der Juden, die ohne Deutschland nicht denkbar waren und ohne die das neuzeitliche Deutschland nicht denkbar war und ist. So war er auch in leitender Stellung des "Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" (CV) noch in ernster Zeit um Verständigung und Ausgleich bemüht. Als alle Bemühungen scheiterten, die Vernichtungsideen der Unmenschlichen weiter reiften, scheute Wiener nicht davor zurück, mit seiner Bibliothek den harten, aber sachlichen Kampf um die Wahrheit zu beginnen. Er setzte Geist und Gemüt gegen Gewalttat und die Kriegsfurie. So wurde Dr. Wiener eine der führenden Gestalten unserer zeitgenössischen demokratischen Humanität gelebter Werte. Er blieb frei von Haß und Ressentiments. Nach dem Kriege war er einer der ersten, die für die große Zahl anständiger Deutscher sprachen, als noch Morgenthau-Ideen so manchen Verhättern bewegten. Unermüdlich hat sich Wiener, besonders auch in den letzten Jahren, für Verständigung in seinen Vorträgen und Publikationen in Deutschland eingesetzt. Seine Liebe zu diesem Lande und seinen wahren Werte blieb auch in England unverändert, wo er einer der besten Anwälte der deutschen Demokratie wurde.

Erst kürzlich sprach Wiener auf einer Tagung innerhalb der Freien Universität Berlin deutende Worte zur innenpolitischen Situation. In einem privaten Brief an den Autor dieser Zeilen beklagte er vor wenigen Tagen die unseligen Vorkommnisse der jüngsten Zeit, um dann aber hinzuzusetzen: "Wir dürfen aber die jungen gutwilligen Deutschen, die so mit Eifer für das Menschliche bemüht sind, nicht verlassen und nicht enttäuschen."